

Birkenfeld, 03.02.11

Kreistags-Fraktion DIE LINKE Birkenfeld: Keine Unterstützung für Hartz IV

In der letzten Kreistagssitzung hatte DIE LINKE die Vereinbarung zwischen dem Landkreis und der Agentur für Arbeit zur Regelung der Zusammenarbeit im „Job-Center“, das die bisherige ARGE ersetzt, abgelehnt.

Das Bundesverfassungsgericht hatte die ARGEN (Gemeinschaftseinrichtungen von Bundesagentur für Arbeit und kommunalen Trägern zur Betreuung von Arbeitsuchenden) für verfassungswidrig erklärt. Erst 2010 wurde die verfassungsrechtliche Grundlage für diese Art der Mischverwaltung von der Mehrheit im Deutsche Bundestag durch eine Grundgesetzänderung geschaffen. Die neue gemeinsame Einrichtung erhielt den Namen „Job-Center“.

Als am 15. 11. 2010 im Kreistag beschlossen wurde, mit der Agentur für Arbeit eine gemeinsame Einrichtung zu bilden, kam es der Fraktion DIE LINKE vor allem darauf an, eine Options-Kommune, also die alleinige Zuständigkeit des Kreises zu verhindern, weil dies für Arbeitslose mit möglichen weiteren schweren Nachteilen verbunden gewesen wäre.

Dieses Modell ist im Kreis Birkenfeld nun zwar vorerst vom Tisch. In der vorgelegten Vereinbarung wird die Zulassung kommunaler Träger anstelle der Bundesagentur für Arbeit, also die von der LINKEN abgelehnte Options-Kommune, für die Zukunft aber nicht ausgeschlossen.

Tanja Krauth, die Fraktions-Vorsitzende:“ Wir hätten uns auch gewünscht, dass die in der Vereinbarung vorgesehene Trägerversammlung nicht nur über Arbeitslose redet, sondern mit Arbeitslosen. Da es im Kreis Birkenfeld keine ausreichend legitimierte Arbeitslosenvertretung gibt, wäre z. B. die Einbeziehung des Erwerbslosenausschusses des Verdi-Bezirks Rhein Nahe-Hunsrück denkbar, dem gehören auch Mitglieder aus dem Kreis Birkenfeld an.

Dass „Vertreter von Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes die Eingliederungsleistungen nach dem SGB II anbieten nicht Mitglied des Beirates sein dürfen“, begrüßen wir, sehen aber auch hier schon bei den aufgeführten Institutionen, insbesondere auch im Hinblick auf eine mögliche zukünftige Bürgerarbeit im Kreis, Interessenüberschneidungen.“

Da sich sowohl der Oberbürgermeister als auch der Bürgermeister von Idar-Oberstein als Mitglieder in die Trägerversammlung wählen lassen geht, DIE LINKE davon aus, dass die Stadt keine 1-Euro-Jobber beschäftigt und dies auch in Zukunft nicht beabsichtigt. Sollte dies allerdings nicht so sein, läge bereits hier ein Verstoß gegen die Vereinbarung vor!

DIE LINKE Kreistags-Fraktion sieht insgesamt in der Vereinbarung, deren Folgen für die Betroffenen nur schwer abzusehen sind, eine große Intransparenz.

Da DIE LINKE das von SPD, Grünen, FDP und CDU eingeführte Hartz IV-Gesetz ablehnt beteiligte sie sich auch an der lokalen Umsetzung nicht und stimmte deshalb der Vereinbarung nicht zu.

(rab)